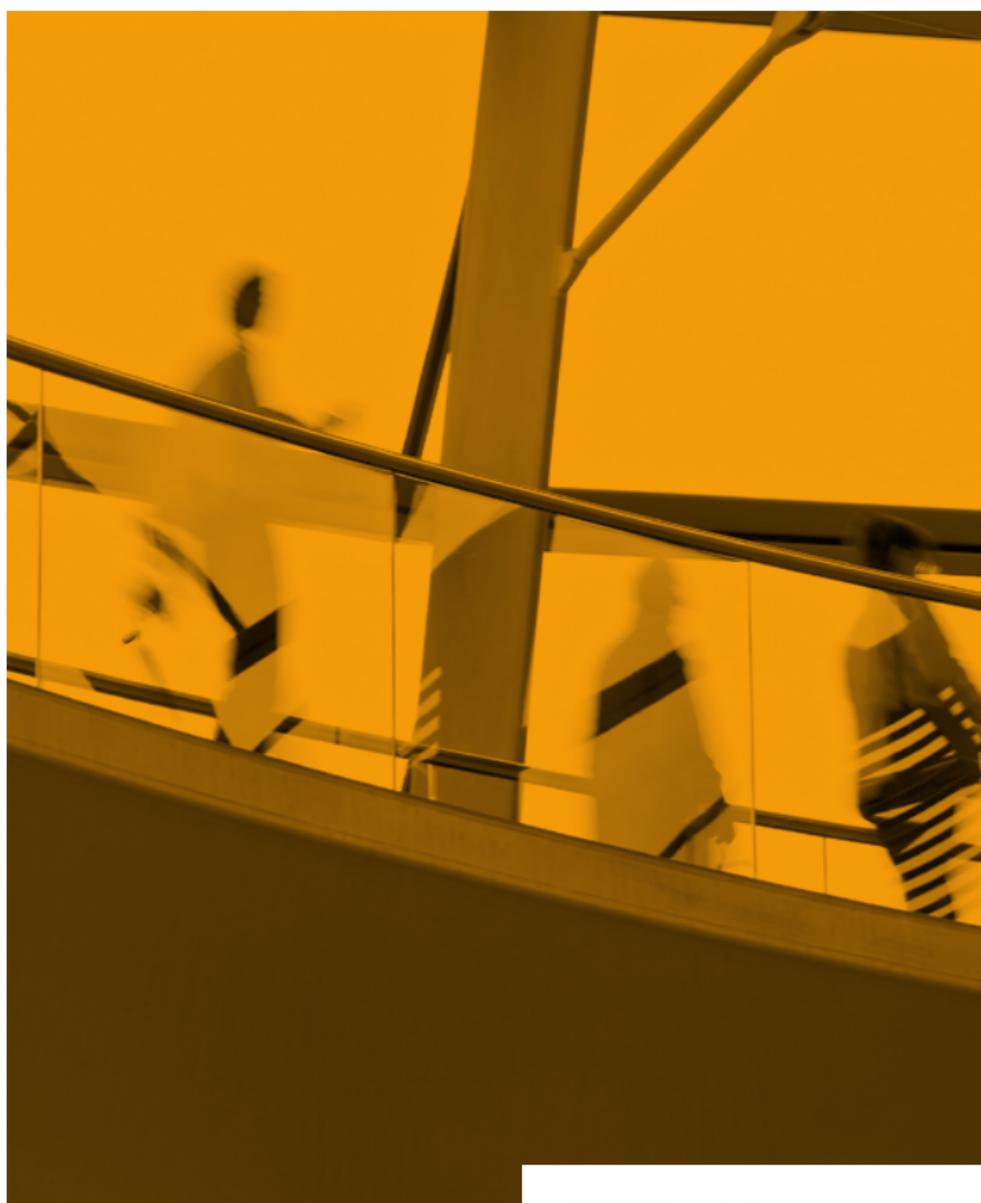


ÖFFENTLICHE SICHERHEIT IN DEUTSCHLAND

Sicher sein und sich sicher fühlen



FREIHEIT UND SICHERHEIT

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit ist der Sozialdemokratie ein Kernanliegen. Denn Unsicherheit bedeutet immer auch Unfreiheit, Ungleichheit und fehlende Solidarität mit denen, die auf den Staat zur Garantie ihrer persönlichen Sicherheit angewiesen sind.

Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland sicher sind und sich sicher fühlen, sei es sicher vor Terrorismus, sei es vor anderen Formen der Kriminalität.

Deswegen betreibt die SPD-Bundestagsfraktion auch in der laufenden 18. Wahlperiode eine Politik der öffentlichen Sicherheit, die die Bürgerrechte wahrt und der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dient.

EINE GUTE HALBZEITBILANZ

Wir haben in der laufenden Wahlperiode die rechtsstaatlich möglichen Maßnahmen zur Terrorabwehr weiter optimiert. Erforderlich war die Anpassung der Antiterrordatei und der Rechtsextremismusdatei an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Bislang konnte Islamisten, die zu Terror und Kriegsteilnahme ausreisten, präventiv nur der Reisepass entzogen werden, sodass eine Ausreise mit dem Personalausweis vor allem über die Türkei nach Syrien noch möglich war. Diese Lücke haben wir mit einem Gesetz geschlossen, das den Entzug des Personalausweises ausreisewilliger Jihadisten ermöglicht. Hinsichtlich der Weitergeltung befristeter Regelungen der Terrorismusbekämpfung haben wir uns mit dem Koalitionspartner auf eine erneute Befristung und Bewertung bis 10. Januar 2021 geeinigt.

Der Untersuchungsausschuss des Bundestages zur Terrorgruppe NSU hatte in der 17. Wahlperiode bereits umfassenden Reformbedarf beim Verfassungsschutz festgestellt. Ein 2. NSU-Untersuchungsausschuss zur Vertiefung der Erkenntnisse hat seine Arbeit aufgenommen. Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes haben wir den längst überfälligen klaren gesetzlichen Rahmen für den Einsatz von V-Leuten geschaffen. Das neu geschaffene IT-Sicherheitsgesetz zum Schutz kritischer Infrastrukturen gegen Cyber-Angriffe ermöglicht verbindliche Sicherheitsstandards bei bestimmten kritischen Infrastrukturen.

Um die Bürgerinnen und Bürger vor Allgemeinkriminalität wirksam zu schützen, hat die Große Koalition sich auf Verbesserungen beim Schutz vor Wohnungseinbrüchen verständigt. Da Organisierte Kriminalität eine vielfältige Bedrohung der Sicherheit und Freiheit darstellt, fordern wir weitere Maßnahmen, vor allem in der länderübergreifenden Zusammenarbeit und beim Bundeskriminalamt (BKA). Darüber hinaus benötigen wir eine konsequente Politik der „Sicherheit im öffentlichen Raum“.

Die SPD-Fraktion sieht sehr klar, dass es vor allem gut ausgestatteter Sicherheitsbehörden bedarf, um Gefahren abzuwehren und Straftaten zu verfolgen.

Deswegen haben wir im Haushalt 2015 die Bundespolizei gestärkt. Für den Haushalt 2016 und die zwei Folgejahre sind unter anderem 3000 zusätzliche Polizeivollzugsstellen für die Bundespolizei vorgesehen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert damit insgesamt 12.000 neue Stellen bei der Polizei, darunter weitere 3000 in Bundespolizei und BKA zu den bereits im Bund vorgesehenen Stellen und weitere 6000 in den Ländern.

Als Konsequenz der NSA-Affäre arbeiten wir neben dem laufenden Untersuchungsausschuss dazu schließlich mit Hochdruck an einer Reform der parlamentari-

schen Kontrolle der Nachrichtendienste und an einer Reform des Bundesnachrichtendienstes.

SCHUTZ VOR INTERNATIONALEM TERRORISMUS UND EXTREMISMUS

Terroristische Attentäter wollen die Gesellschaft einschüchtern, ein Klima der Angst und Bedrohung schaffen. Die schrecklichen Attentate in Brüssel, Paris, London, Madrid, Ankara und Istanbul und auch die Absage eines Fußballländerspiels in Hannover wegen konkreter Terrorgefahr zeigen, dass wir in Europa erklärtes Angriffsziel fanatischer Dihadisten sind. Deshalb müssen wir alles tun, was in unserer Macht steht, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu gewährleisten.

Die Attentate der letzten Monate in Europa zeigen, dass die Attentäter für die Sicherheitsbehörden kein unbeschriebenes Blatt sind. Häufig zeigt sich, wenn es zu spät ist, dass die Täter bereits aufgefallen und bekannt waren, dann aber durch das Netz der Überwachung gerutscht sind.

Mehr Präsenz der Polizei auf öffentlichen Plätzen.



Dem begegnen wir durch eine bessere Ausstattung der Sicherheitsbehörden.

Wenn es einen konkreten Verdacht gibt, müssen die Sicherheitsbehörden präventiv tätig werden können. In einer Situation, in der es Hinweise auf eine ernsthafte Gefährdung der Bevölkerung durch einen terroristischen Anschlag gibt, muss den in der konkreten Lage relevanten Gefährdern das Agieren so schwer wie möglich gemacht werden.

Wir müssen den Zugang zu Großveranstaltungen besser kontrollieren. Zukünftig muss strenger darauf geachtet werden, wer Zugang zu Großveranstaltungen erhält, vor allem zu öffentlich nicht zugänglichen Bereichen oder ohne Durchlaufen von Sicherheitskontrollen am Eingang. Durch die Einbindung der Sicherheitsbehörden muss verhindert werden, dass Personen, die dem islamistischen wie auch dem rechtsextremistischen Spektrum zuzurechnen sind, etwa als Wachleute bei privaten Sicherheitsfirmen, als Ordner oder Rettungskräfte zum Einsatz kommen können.

Wesentliche Bestandteile einer umfassenden Gegenstrategie gegenüber gewaltbereiten Islamisten sind darüber hinaus wirksame Präventionsmaßnahmen. Eine Stärkung der Projektarbeit von Organisationen, Vereinen und Verbänden vor Ort ist unerlässlich. Es bedarf der Aufklärung über religiösen Fanatismus, schulischen und politischen Bildung und der flächendeckenden Etablierung von Programmen zur Deradikalisierung. Den Betroffenen müssen wir Ausstiegsoptionen aufzeigen, dafür müssen Ausstiegsprogramme gefördert werden. Zudem sollen besonders geschulte Ansprechpartner, die flächendeckend und hauptamtlich in Justizvollzugsanstalten tätig sind, einer Radikalisierung von Häftlingen im Vollzug entgegenwirken.

Die furchtbaren Anschläge der letzten Monate haben deutlich gemacht, dass wir dringend eine engere Kooperation der Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene benötigen. Zu diesem Zweck sollte nach dem Vorbild des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums in Deutschland ein Anti-Terrorzentrum auf europäischer Ebene errichtet werden, in dem ein ähnlich koordinierter und regelmäßiger Austausch der Sicherheitsbehörden der EU-Mitgliedstaaten stattfindet, und zwar unter Einschluss der Nachrichtendienste. Die Sicherung der Außengrenzen des Schengenraums sowie die stärkere Einbindung von Europol und Frontex sind weitere wichtige Bausteine im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

KLARE KANTE GEGEN RECHTS

Den besorgniserregenden Anstieg von rechtsextremen Angriffen auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte und die Formierung von Bündnissen aus Rechtspopulisten und Rechtsextremen, die mit menschenverachtenden Parolen gegen Migranten, Asylsuchende und Muslime hetzen, werden wir nicht hinnehmen. Wir dürfen nicht zulassen, dass braune Hetzer versuchen, die Sorgen und Ängste der Menschen aufzugreifen und Hass zu schüren. Wir dürfen nicht zulassen, dass Flüchtlingsunterkünfte brennen und Flüchtlinge, die vor Krieg, Terror und Verfolgung aus ihren Heimatländern geflohen sind, in Deutschland von rechtsextremen Terroristen weiter verfolgt werden.

Dem wachsenden organisierten und auch alltäglichen Rassismus und anderen menschenverachtenden Einstellungen in Deutschland wirken wir entgegen und bekämpfen Rechtsextremismus konsequent.

Für uns gehört die weitere Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses und die weitere Verbesserung der Verfahren und Strukturen in

Polizei, Justiz und Verfassungsschutzbehörden ebenso dazu, wie die personelle Stärkung des BKA.



Die Mittel für das Programm „Demokratie leben!“ sollen verdoppelt werden.

Die Haushaltsmittel für Rechtsextremismusprävention, bei denen die SPD-Bundestagsfraktion bereits in den Haushaltsberatungen 2016 eine Aufstockung erreichen konnte, wollen wir ab dem Jahr 2017 noch einmal deutlich erhöhen. So wollen wir z. B. die bisherigen Mittel für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ auf 100 Millionen Euro verdoppeln. Dieses größte Präventionsprogramm des Bundes fördert besonders kommunale, regionale, aber auch überregionale Projekte, die sich in der Demokratieförderung und der Extremismusprävention engagieren. Die Mittel für die Bundeszentrale für Politische Bildung konnten wir für 2016 neben 15 zusätzlichen Stellen um insgesamt 10,25 Millionen Euro aufstocken, davon 5 Millionen Euro für die Unterstützung der umfassend dort geleisteten Präventionsarbeit im Bereich Rechtsextremismus und Salafismus. Prävention ist eine Daueraufgabe, die auch

dauerhaft finanziert werden muss. Um die notwendige Präventionsarbeit zu verstetigen, wollen wir eine bundesgesetzliche Grundlage hierfür schaffen.

ALLTAGSKRIMINALITÄT KANN ALLE TREFFEN

Alltagskriminalität wie Einbruch in den privaten Wohnraum und Taschendiebstahl betrifft die Menschen in ihrer persönlichen Sicherheit. Diese Kriminalitätsformen können jeden treffen, insbesondere auch alte und schwache Menschen. Oft rufen sie bei den Opfern eine tiefe Traumatisierung hervor. Häufig sind diese Delikte auch Teil der Organisierten Kriminalität, die Milliarden-schäden für unsere Gesellschaft erzeugt.

Wir müssen dafür sorgen, dass das BKA in seiner Zentralstellenfunktion gestärkt und durch Expertise, Lageanalysen und technische Unterstützung den zuständigen Bundesländern bei der Bekämpfung und Aufklärung zur Seite steht. Das erfordert auch eine bessere technische Ausstattung des BKA selbst, u. a. um mit Hilfe moderner Analysetools genauere Lagebilder erstellen zu können, sowie einen personellen Aufwuchs bei der Koordinierungsstelle zur Bekämpfung Organisierter Kriminalität beim BKA. Ebenso wollen wir den Ausbau der erfolgreich zusammenarbeitenden Bund-/Länder-Ermittlungsgruppen weiter voranbringen.

Neben einer verbesserten internationalen Zusammenarbeit ist die Trockenlegung von Finanzquellen ein wichtiger Punkt zur Bekämpfung von Kriminalität. Kriminell erworbene Vermögen müssen konsequent eingezogen werden, die Geldwäsche muss erschwert werden. Dazu werden wir zeitnah das Recht der Vermögensabschöpfung reformieren und die Abschöpfung kriminell erlangter Vermögenswerte erleichtern, auch durch die Einführung einer verfassungskonformen Beweiserleichterung.

Wir wollen die Gefahrenabwehr und die Aufklärung von Delikten in der Alltagskriminalität verstärken, die Präsenz von Polizei in Wohngebieten, auf den Straßen und auf öffentlichen Plätzen sichtbar erhöhen und diese damit sicherer machen.



Taschendiebstahl betrifft die Bevölkerung in ihrer persönlichen Sicherheit.

Insbesondere beim Wohnungseinbruchdiebstahl hat es sich bewährt, auch auf präventiven Einbruchschutz zu setzen. Ein gut gesichertes Haus oder eine gut gesicherte Wohnung lassen Einbrecherinnen und Einbrecher oft nach wenigen Minuten von ihrem Vorhaben Abstand nehmen. Die Investition in Einbruchschutz zur Abschreckung von Täterinnen und Tätern wollen wir mit staatlichen Mitteln fördern. Bei dem von der SPD-Bundestagsfraktion durchgesetzten Programm „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“, das bauliche Maßnahmen zur Eigensicherung fördert, wollen wir daher die Förderungsvoraussetzungen weiter verbessern. Wir wollen die bisherigen Mittel in Höhe von 30 Millionen Euro deutlich aufstocken und es für Mieterinnen und Mieter noch attraktiver machen, indem wir die Mindestinvestitionsschwelle absenken und den Zuschuss auf bis zu 20 Prozent erhöhen.

SICHERHEIT IM ÖFFENTLICHEN RAUM GEWÄHRLEISTEN

Nicht immer und überall gelingt es den Behörden, die öffentliche Ordnung zu gewährleisten. In einigen Städten gibt es Orte, die für die Allgemeinheit nicht sicher sind, vielleicht manchmal nur nachts, vielleicht manchmal nur für bestimmte Personengruppen.

Wir müssen die Herrschaft über den öffentlichen Raum zurückgewinnen. Wir wollen sichere öffentliche Räume für alle.

Daher müssen Bund, Länder und Kommunen Bewertungen vornehmen, welche Orte als Problemschwerpunkte einzustufen sind. Dabei müssen Kriminalitätsstatistiken ausgewertet und das Sicherheitsgefühl der Menschen berücksichtigt werden.

Es müssen Konzepte erstellt werden, wie diese Orte wieder sicher gemacht und der Allgemeinheit zurückgegeben werden können. Wo Videotechnik Gefahren vorzubeugen und Beweise zu sichern hilft, sollte sie auch eingesetzt werden. Die Polizei muss zusätzliche Kräfte zur Verfügung stellen, die gezielt befristet mindestens für ein halbes Jahr an solchen Problemschwerpunkten eingesetzt werden, damit auch wirklich jede Straftat konsequent verfolgt wird und Platzverweise durchgesetzt werden können. Flankiert werden müssen diese Maßnahmen durch verstärkte vorbeugende Sozialarbeit, etwa durch den Einsatz von Streetworkern. Durch eine Stadtplanung, die auch Sicherheitsaspekte berücksichtigt, sowie durch geeignete gestalterische und bauliche Maßnahmen kann die Entwicklung von Angsträumen und Problemgebieten vermieden oder diese umgestaltet werden. Das dient sowohl der Kriminalprävention als auch einer Erhöhung des Sicherheitsgefühls.

Die Staatsanwaltschaften müssen konsequent Straftäter vor Gericht bringen. Dazu müssen sie personell verstärkt werden, damit ermittelte Delikte nicht aus Personalmangel eingestellt werden oder lange liegen bleiben. Wo nötig, müssen auch die Gerichte personell verstärkt werden, um kurze Verfahrensdauern zu gewährleisten.

GUT AUSGESTATTETE SICHERHEITSBEHÖRDEN

Unsere Sicherheitsbehörden müssen wir gut ausstatten, unsere Polizei müssen wir gut ausbilden, unsere Einsatzkräfte in Polizei, Rettungsdiensten und Feuerwehren müssen wir umfassend vor Gewalt schützen.

Wir müssen Ausstattungsdefizite zügig beheben und massiv in Aus- und Weiterbildung investieren. Es sind neben Personal auch Ersatzbeschaffungen für veraltete Ausrüstungsgegenstände und Investitionen notwendig. Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie besteht umfassender Modernisierungsbedarf.

Um weiterhin hoch qualifizierten Nachwuchs gewinnen zu können, müssen wir auch künftig noch mehr Wert auf Arbeitsplatzzufriedenheit und Familienfreundlichkeit legen – dazu gehören auch ein gutes Gesundheitsmanagement und eine gute Bezahlung. Die gesellschaftliche Vielfalt muss sich auch in den Polizeibehörden widerspiegeln. „Interkulturelle Kompetenz“ muss ein fester und verpflichtender Bestandteil der Polizeiausbildung sein, damit Polizistinnen und Polizisten in einer vielfältigen Gesellschaft auch in angespannten Situationen eine zutreffende Lageeinschätzung vornehmen können.

Wir wollen den Schutz der Polizistinnen und Polizisten und der Rettungskräfte verbessern. Dazu benö-

tigen wir eine adäquate Ausrüstung der Polizistinnen und Polizisten sowie Trainings, Coachings und Nachbereitungen, damit die Polizei akute Lagen besser und risikoärmer bewältigen kann. Auch wollen wir Mittel zur Verfügung stellen für eine bundesweite Sensibilisierungskampagne. Sie soll helfen, die gesellschaftliche Anerkennung der Leistungen von Menschen bei Polizei und Hilfsorganisationen, wie Feuerwehren, Rettungsdiensten und Katastrophenschutz, zu verbessern. Zudem halten wir es für wichtig, dass Gewaltdelikte gegen Einsatzkräfte vor Gericht verhandelt werden und nicht abseits der Öffentlichkeit eingestellt werden.

SPDFRAKTION.DE

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION,
PETRA ERNSTBERGER MDB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTS-
FÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TEXT SABRINA BOSSE, STEFAN UECKER

REDAKTION DR. ALEXANDER LINDEN

HERSTELLUNG SPD-BUNDESTAGSFRAKTION,
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

FOTOS ©KLAUS VYHNALEK (TITEL), ISTOCK.COM/CODE6D (S. 3),
ISOCK.COM/JONATHAN CATER (S.6), ISTOCK.COM/KATARZYNABIAL-
ASIEWICZ (S. 8)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT
AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES
WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.